

DEHOGA NRW

Zum Überleben braucht das Gastgewerbe bis Ende der Krise angemessene Unterstützung wie Ü-Hilfen und KuG und je nach Betroffenheit direkte finanzielle Unterstützung und Investitionszuschüsse, um verlorene Investitionsmöglichkeiten aufzuholen und Unternehmen zukunftssicher zu machen. Wo stehen Sie?

Wir werden uns dafür stark machen, dass Betriebe, die aufgrund coronabedingter Einschränkungen besonders betroffen sind, weiterhin mit angemessener Unterstützung rechnen können. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, die Überbrückungshilfen, das Kurzarbeitergeld und die Tilgungszeiträume für Kredite zu verlängern. Uns ist vor allem auch die Rückkehr zur Normalität wichtig, wofür wir uns auf Bundes- wie auch Landesebene eingesetzt haben. Wir wollen jetzt die besten Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich das Gastgewerbe zukunftssicher aufstellen kann. Belastungen durch Steuern und Abgaben wollen wir weiter senken, komplexe bürokratische Vorgaben abschaffen oder vereinfachen. Wir wollen Stadtmitte und Stadtzentren wiederbeleben und zu echten Erlebnis- und Begegnungsräumen für Jedermann machen.

Wir erwarten schon jetzt wirksame Maßnahmen durch die Politik, um eine künftige Reglementierung der Branche nach einem „Corona-freien“ Sommer auszuschließen. Welche Maßnahmen ergreifen Sie schon jetzt, damit es nicht zu einem 3. Corona-Herbst kommt?

Wir wollen weitgehend zur Normalität zurückkehren. Bei lokalen und kritischen Ausbrüchen wird durch eine sogenannte Hotspot-Regelung dafür gesorgt, dass die Länder handlungsfähig bleiben und zielgenaue Schutzmaßnahmen treffen können. Ziel der Maßnahmen ist für uns weiterhin, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Für uns war immer klar: Notwendige Eingriffe in die Grundrechte müssen stets verhältnismäßig und in Dauer und Tragweite auf das Nötigste beschränkt sein. Nicht die Ausübung von Grundrechten ist rechtfertigungsbedürftig, sondern ihre Beschränkung. Durch ein besseres Pandemie-Monitoring müssen wir gleichsam dafür Sorge tragen, dass beispielsweise eventuell notwendig werdende Auffrischungsimpfungen oder Impfungen mit angepassten Impfstoffen schnell vorgenommen werden können.

Wir fordern den Mehrwertsteuersatz für alle Speisen und Getränke dauerhaft zu reduzieren. Wie stehen Sie dazu?

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass es zunächst sinnvoller wäre, die vielen inkonsistenten Ausnahmetatbestände bei der Mehrwertsteuer insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Am Ende dieses Prozesses sollte dann selbstverständlich auch für das Gastgewerbe ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz auf einem niedrigeren Niveau stehen.

Für die Zukunft benötigen wir eine Wochenhöchstarbeitszeit gemäß der EU- Arbeitszeitrichtlinie, eine automatische Erhöhung der Einkommensgrenzen bei Minijobs mit der Entwicklung des gesetzlichen Lohnniveaus und einen leichteren Zugang von Arbeitskräften aus dem Nicht-EU-Ausland. Was meinen Sie?

Für die Zukunft wollen wir mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wollen eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Die Erhöhung der Entgeltgrenze für Minijobs auf Bundesebene begrüßen wir sehr, ebenso dass diese künftig dynamisch dem Mindestlohn angepasst wird. So müssen Menschen mit Minijob bei steigendem Mindestlohn nicht mehr ihre Stunden reduzieren, sondern

haben am Ende des Monats spürbar mehr Geld auf dem Konto. Die Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen wollen wir weiter verbessern. Mit der Landesinitiative "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit!" unterstützen wir junge Geflüchtete bei ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit mit speziellen Förderangeboten.

Ziel der Energie- und Klimapolitik muss es sein, eine möglichst sichere und klimaschutzverträgliche, aber auch wirtschaftlich vertretbare Energieversorgung sicherzustellen. Was tun Sie, um diese Ziele zu vereinen?

Klimaschutz und Wirtschaft sind für uns kein Widerspruch. Im Mittelpunkt müssen nun die richtigen Maßnahmen stehen, um dieses Ziel ideologiefrei mit den wirksamsten Lösungen zu erreichen. Dafür setzen wir auf Forschung, Innovationen und kluge Ideen. Neue Technologien sind dabei die Lösung für komplexe Umweltprobleme und zugleich der Schlüssel, erneuerbare Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten und dabei das Klima zu schützen. Für die notwendige Begrenzung des CO2-Ausstoßes muss das stärkste und sinnvollste Instrument Anwendung finden: die Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren. Der Emissionshandel sorgt für die Suche nach den besten Lösungen zum geringsten Preis und ist damit effizient und fair. Damit Klimaschutz keine soziale Frage wird, muss es einen Ausgleich für Mehrbelastungen geben. Wir wollen die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß senken und die für Endverbraucher belastenden Subventionen im Erneuerbare-Energien-Gesetz durch ein marktwirtschaftliches Modell ablösen. Der Emissionshandel sorgt für die Suche nach den besten Lösungen zum geringsten Preis und ist damit effizient und fair.

Wir fordern Förderungen für Betriebe zur Einführung von Mehrwegsystemen, ein bundesweit einheitliches Pfand- und Rücknahmesystem dafür und politische Einbindung. Die Vermeidung von Einweg im Sinne der umweltbewussten Betriebsführung darf nicht zu finanziellen Mehrbelastungen führen. Ihre Position?

Neben der Müllvermeidung ist die Mülltrennung und Wiederverwertung von Wertstoffen ein wichtiges Instrument für mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz. Wir setzen uns für modernes Recycling als Alternative zu Produktverbots ein. Wir wollen, dass aus Abfällen neue Rohstoffe werden.

Wir wollen Unternehmen generell steuerlich entlasten, was ihnen mehr finanziellen Spielraum für beispielsweise Investitionen in Mehrwegsysteme und den Einsatz von Recycling-Rohstoffen gibt. Wir wollen uns bei der ökologischen Bewertung von Produkten aus Kunststoff und alternativen Materialien wie Papier und Glas konsequent an Ökobilanzen orientieren. Ökobilanzen machen die Umweltwirkung von Produkten transparent und ermöglichen eine wissenschaftsbasierte Bewertung, auf deren Basis notwendige Regulierungen erfolgen können. Die Praxistauglichkeit neuer Vorgaben behalten wir eng im Blick.

Bei Mehrweg-, Pfand- und Rücknahmesystemen setzen wir auf Branchenvereinbarungen.

Die Innenstädte haben in den letzten Jahren immer mehr an Attraktivität verloren und haben somit nicht nur einen negativen Einfluss auf das dortige Gastgewerbe, sondern auch auf das Image der Stadt. Wir fordern eine einfachere Umwidmung zwischen Geschäfts- und Wohneinheiten. Wie stehen Sie dazu?

Mit der sogenannten Innovationsklausel in der Landesbauordnung haben wir bereits die Möglichkeit geschaffen, Räumlichkeiten schneller und einfacher einer anderen Nutzung zuzuführen. Eine neue Nutzung im Innenbereich wird bei der Kommune angemeldet und gilt, sofern die Kommune nicht binnen eines Monats widerspricht, für die Dauer von zwölf Monaten als genehmigt. Wir wollen nun einen Schritt weitergehen. Zunächst soll die bisherige Innovationsklausel auch für den Außenbereich aktiviert werden. In einem zweiten Schritt wollen wir die Dauer der Genehmigung von zwölf Monaten auf 24 Monate ausweiten.

Wir fordern mehr Marketingbudget und eine Erweiterung von Tourismus NRW um den Bereich Geschäftstourismus (MICE). Die Wachstumstreiber Städte-, Event- und Geschäftstourismus müssen national wie international neu belebt und gestärkt werden. Was ist Ihre Position dazu?

Wir wollen die Tourismuswirtschaft nachhaltig stärken. Dafür setzen wir auf Zukunftskonzepte für die gesamte touristische Wertschöpfungskette – vom Gastgewerbe über den Einzelhandel bis hin zu weiteren Dienstleistungen. Motor des Tourismus ist auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur, der den Anschluss an den wachsenden Online-Reisemarkt sichert und die Entwicklung kreativer und innovativer Reisedienstleistungen ermöglicht.